

Genossen haben mir einen Mitschnitt der Veranstaltung nach Berlin gebracht) Kraft gegeben, besonders die Bitte um Aufnahme eines jungen Kollegen *jetzt* in die Partei, wo er gebraucht wird!

Dem Appell haben alle zugestimmt und bekräftigt:

Wir fühlen uns eins mit den vielen Werktätigen, den Mitgliedern und Kandidaten der Partei im ganzen Lande, in der Industrie, in der Landwirtschaft, in den Schulen und Universitäten, überall, wo ehrlich und fleißig gearbeitet wird, und rufen mit Selbstbewußtsein: Wir sind die Partei!

Achim Becker

Mitglied des Zentralkomitees

Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Rundfunk

Wenn wir uns fragen, welche Rolle die Medien heute spielen - und diese Frage ist ja hier im Plenum mehrfach gestellt worden -, dann dürfen wir nicht vergessen, wie es gestern war, als das Reglementieren und Kommandieren gegenüber den Journalisten jeden Tag praktiziert wurde, als von den Journalisten eine einseitig geschönte, von Widersprüchen des Lebens freie Darstellung verlangt wurde. Wir sollten keinen Augenblick vergessen, welche Folgen das für die Medien, für jeden einzelnen Journalisten und für die Partei hatte.

Das Vertrauen der Hörer, Leser und Zuschauer in unsere Medien sank immer tiefer. Die Medien wurden immer unglaubwürdiger, je mehr mit administrativen Methoden eine Scheinwelt als Wirklichkeit ausgegeben wurde. Das war eine der wesentlichen Ursachen für den Vertrauensverlust der Partei in der Öffentlichkeit.

Dafür trage ich als Mitglied des Zentralkomitees Mitverantwortung. Um so wichtiger ist es für mich hier, mit dafür zu sorgen, daß sich so etwas nie wiederholt. Es geht darum, Garantien dafür zu schaffen, daß niemals wieder - bei Mißachtung unseres eigenen Parteistatuts - Methoden des Befehlens und Reglementierens gegenüber den Journalisten und den Medien Raum greifen können.

Wir wollen und wir brauchen - das hat das Parteiaktiv des Rundfunks verlangt - eine grundsätzlich neue Medienpolitik. Der Rundfunk muß dem öffentlichen Bedürfnis nach *ungeschminkter, umfassender Information und Kommentierung* ebenso entsprechen wie dem nach gesellschaftlicher Verständigung. Niemand darf mehr das Recht haben, Informationen zurückzuhalten, die Bürger dieses Landes betreffen. Niemand darf sich der Stellungnahme zu öffentlichen Angelegenheiten entziehen. Wir